

SPD-Fraktion

Mehr Mittel für Arbeit, Forschung, Ausbildung

Die SPD-Landtagsfraktion hat einstimmig dem Verhandlungsergebnis der Koalitionsfraktionen zum Landshaushalt 1998 zugestimmt. „Für uns ist besonders wichtig, daß es keine Erhöhung der Nettokreditaufnahme gibt“, erklärte Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen. Es gebe keine zusätzlichen Ausgaben ohne Einsparungen an anderer Stelle. „Wir sind mit dem jetzt gefundenen Kompromiß sehr zufrieden“, kommentierte Matthiesen. Es liege jetzt ein mehrheitsfähiger Haushaltsplan vor. Die der SPD besonders wichtigen Haushaltsansätze für mehr Arbeitsplätze, für Forschung, Hilfe für junge Arbeitslose und für die Innere Sicherheit würden verstärkt.

Die Koalitionsfraktionen wollen im wesentlichen den von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf tragen, der ein Volumen von insgesamt rund 90,7 Milliarden Mark umfaßt. Durch Einsparungen gedeckte Änderungsvorschläge gibt es in Höhe von insgesamt 81,52 Millionen Mark. 40,76 Millionen Mark davon will die SPD-Fraktion vor allem für die Verstärkung der folgenden Haushaltstitel einsetzen:

- Ausstattung der Polizei (+ 7,25 Millionen Mark);
- Innovationsprogramm Forschung (+ 4,5 Millionen Mark);
- Integration junger Arbeitsloser (+ 8 Millionen Mark);
- Meistergründungsprämie (+ 5 Millionen Mark);
- Grundstücksfonds Brachflächen (+ 10 Millionen Mark);
- Beratungshilfe für bedrohte Betriebe (+ 1,7 Millionen Mark).



„Der Ausbildungskonsens NRW ist ein Erfolg.“ Dieses Fazit zog SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen nach einem Bilanz-Gespräch mit Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und den Partnern des Ausbildungskonsenses. Mit 1,9 Prozent mehr Ausbildungsplätzen gegenüber dem Vorjahr sei Nordrhein-Westfalen das einzige westliche Bundesland, das einen Zuwachs verzeichnen könne. Es gebe deshalb keinen Grund, von dem freiwillig zustande gekommenen Ausbildungskonsens abzurücken. „Ein solcher Erfolg hätte mit einer zwangsweise eingeführten Ausbildungsplatzabgabe nie erreicht werden können“, ist Matthiesen überzeugt.

Obwohl die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber in diesem Vermittlungsjahr um 9,4 Prozent gewachsen sei, hätten Mitte November nur 847 Stellen zum rechnerischen Ausgleich gefehlt, dieser solle jedoch bis zum Jahresende erreicht werden, erläuterte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Alle Partner des Ausbildungskonsenses NRW versicherten, es gelte auch in Zukunft: „Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird auch ausgebildet.“ Dazu ist es wichtig, daß die noch unversorgten jungen Menschen bei Ausbildungswahl und -ort flexibel seien, betonte Wirtschaftsminister Clement. Das Land zahle Jugendlichen, die einen weiten Weg zu ihrem Ausbildungsbetrieb in Kauf nehmen, eine Mobilitätshilfe in Höhe von 250 Mark monatlich.

Die Partner des Ausbildungskonsenses zogen auch bei den qualitativen Reformen des dualen Ausbildungssystems eine positive Zwischenbilanz. So habe es bei der Differenzierung der Berufe, bei der Schaffung neuer Ausbildungsberufe und im Verhältnis Betrieb – Betriebsschule deutliche Fortschritte gegeben.

CDU-Fraktion

Ministerin Behler soll Rechtschreibreform aussetzen

„Nach dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes muß die per Erlaß verordnete Rechtschreibreform nun auch in NRW ausgesetzt werden. Unsere Kinder dürfen nicht zu Versuchskaninchen der rot-grünen Regierungskoalition werden“, stellte der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, fest.

Nach dem Berliner Urteil sei es an der Schulministerin Behler, „auch in NRW die Runderlaßreform auszusetzen und vor einer Einführung der neuen Rechtschreibregeln nicht nur die juristischen Entscheidungen, sondern auch die Überarbeitung der unausgegorenen Reform durch die Fachleute abzuwarten“, forderte der CDU-Politiker.

Recker stellte fest: „Es kann nicht angehen, daß die Schülerinnen und Schüler unter dem Starsinn einer SPD-Ministerin und den Betonköpfen der rot-grünen Koalition leiden müssen. Frau Behler hat offensichtlich den Blick für die Realität verloren und will entgegen aller Vernunft mit dem Kopf durch die Wand.“

CDU fordert mehr Geld für Hochschulen

Mit zusätzlich 250 Millionen Mark will die CDU-Landtagsfraktion den nordrhein-westfälischen Hochschulen unter die Arme greifen. Wie der wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Manfred Kuhmichel, mitteilte, werden für den Landshaushalt 1998 zusätzliche 200 Millionen Mark für den Hochschulbau und 50 Millionen Mark für die Bibliotheken und die Geräteausstattung gefordert.

Kuhmichel: „Während sich Ministerin Brunn auf eine durchsichtige Schuldzuweisung nach Bonn beschränkt, fordern wir zum wiederholten Mal vom Land in seiner Zuständigkeit für die Hochschulpolitik erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Schadensbegrenzung bei Forschung und Lehre in unseren Hochschulen!“ Die CDU will die geforderten Investitionen durch Veräußerung von entbehrlichem Landesvermögen und durch aktives Immobilienmanagement seriös finanzieren. Kuhmichel wies darauf hin, daß das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf allein für den Bereich des Hochschulbaus, insbesondere für die Sanierung der desolaten Bausubstanz an zahlreichen nordrhein-westfälischen Hochschulen einen Investitionsbedarf von rund 4 Milliarden Mark ermittelt hat. Auch im Bereich der Hochschulbibliotheken und der Ausstattung mit modernen Forschungsgeräten gebe es nach Auskunft der Hochschulen und der protestierenden Studenten einen enormen Nachholbedarf.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Proteste der Studierenden sind berechtigt

Auch in NRW melden sich die Studierenden mit zahlreichen Aktionen zu Wort. Demonstrationen und Streiks finden statt, um vor allem gegen die chronische Finanznot der Hochschulen, den Raummangel und gegen die unzureichende personelle Ausstattung zu protestieren.

Vor allem der Bund hat zu Lasten der Hochschulen gespart. Allein für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau stellt er wieder zu wenig Geld zur Verfügung — aktuell sind es gut eine Milliarde Mark zu wenig.

Die Konsequenz in NRW ist, daß nur knapp ein Viertel der Vorhaben im Hochschulbau finanziert werden können. Bei den Großgeräten sind es nur knapp die Hälfte des tatsächlichen Bedarfs. Vergleichbar ist die Entwicklung im Personalbereich. Bereits 1995 hat der Bund die Finanzierung für das Hochschulsonderprogramm (HSP) I gestrichen. Dadurch waren in NRW u. a. 708 Personalstellen gefährdet. Im neuen HSP III ist dafür keine finanzielle Kompensation vorgesehen. Auch hier bemängelt der Wissenschaftsrat die unzureichenden Finanzen.

In NRW wird dagegen der Hochschulbereich nicht gekürzt, sondern erhöht. Der Haushaltsentwurf sieht eine Steigerungsrate von 2,9 Prozent vor. Der Gesamthaushalt steigt demgegenüber nur um 2,3 Prozent.

Im Koalitionsvertrag haben SPD und GRÜNE sich auf die Priorität von Wissenschaft und Forschung verständigt. Das muß auch in finanziell schwierigen Zeiten gelten. NRW hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern die 708 Personalstellen des HSP I nicht gestrichen, sondern 63 Millionen Mark in 1998 aufgewendet, um sie weiterzuführen. Auch die Steigerung der Mittel für Lehre und Forschung auf 484 Millionen Mark ist positiv. Angesichts der angespannten Haushaltslage kann NRW als Bundesland den jahrelangen Finanzierungsstau nicht aus eigener Kraft beseitigen. Der Bund darf sich deshalb nicht weiter aus seinen Verpflichtungen stehlen. Letztlich haben die Hochschulen, die Lehrenden und Studierenden dann die Lasten zu tragen.

Die Protestaktionen der Studierenden richten sich aber auch gegen mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten und die von konservativer Seite immer wieder propagierte Einführung von Studiengebühren. Konkret wird die zwischen CDU und SPD vereinbarte Änderung des Hochschulrahmengesetzes kritisiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die geplanten Regelungen in zentralen Bereichen für unzureichend oder nicht sachgerecht. Wichtige Punkte für eine Verbesserung im Hochschulbereich, wie die Reform der Personalstruktur oder die Einführung von mehr Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die nicht-professoralen Mitgliedsgruppen, sind vollständig ausgeblendet worden. Eine Neuregelung der Studienfinanzierung ist auch nicht in Sicht.